

STADTUMSCHAU

„Kriegskinder – Eine vergessene Generation“: Im Rahmen des Gesprächskreises findet am Montag, 27. Mai, eine Sonderveranstaltung zum Thema Lebensborn statt. Beginn ist um 15.30 Uhr in der DKV-Residenz in der Contrescarpe. Anmeldung unter Telefon 322.90.

„Jeder Mensch hat ein Recht auf eine Herkunft“ lautet der Titel eines Vortrags von Sebastian Ellinghaus, stellvertretender Leiter der Bremer Landeszentrale für politische Bildung. Er spricht auf Einladung der Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen am Montag, 27. Mai, um 15 Uhr im Hotel zur Post am Bahnhof.

Bezahlbare Mieten und ein ausreichendes Wohnungsangebot sind Themen beim nächsten „Bremer Rathausgespräch“ am 28. Mai um 19 Uhr. Der Titel lautet: „Menschenrecht auf Wohnen sichern – Perspektiven für Bremen“. Bürgermeister Jens Böhrnsen hat dazu den Bundesdirektor des Deutschen Mieterbundes, Lukas Siebenkotten, eingeladen. Anmeldung per E-Mail an Gesa.Wessolowski@sk.bremen.de oder per Fax unter 361-6100.

Die 582. Bremer Senioren-Talkshow mit Moderator Jens Schmidtman findet am Dienstag, 28. Mai, um 15 Uhr im Restaurant „Geerdes am Sendesaal“ statt. Als Gäste erwartet Schmidtman in der Bürgermeister-Spitta-Allee 45 unter anderem die Senioren-Rektnagerinnen Rosi Wahl und Renate Kunzknägel.

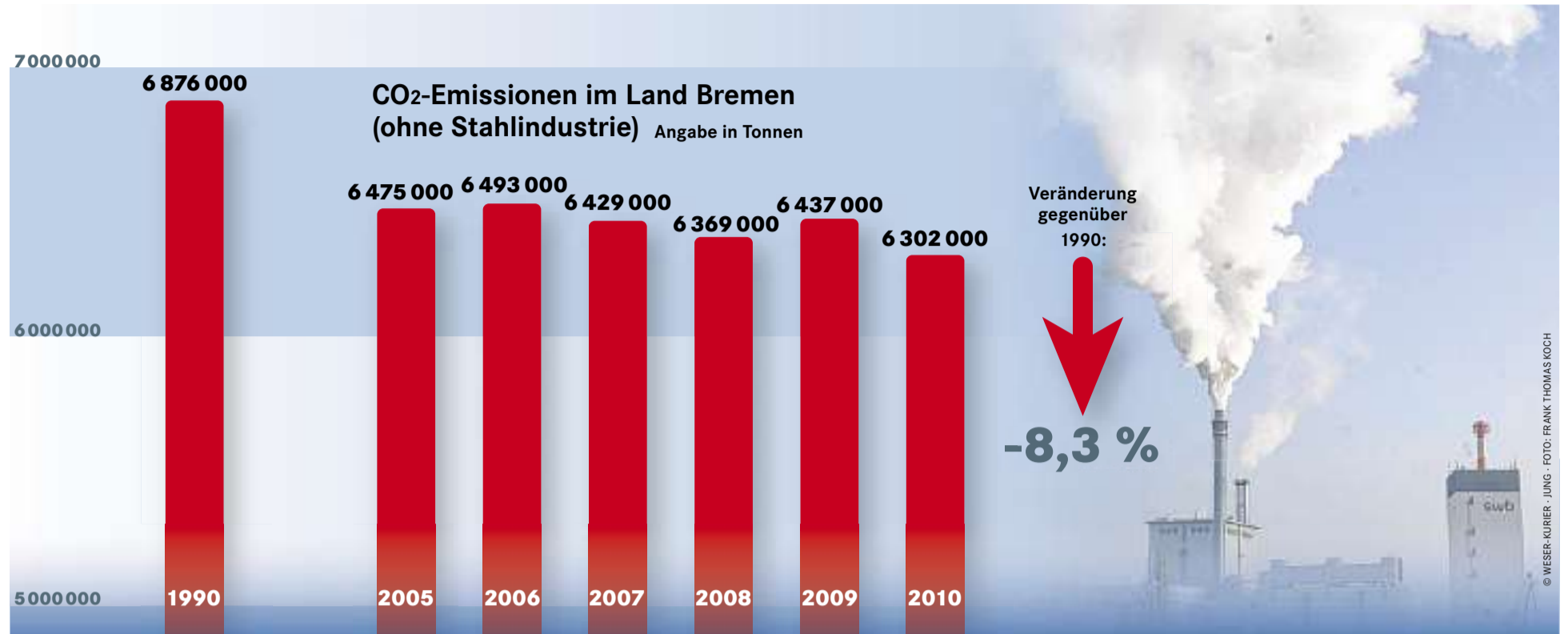
„Die Sexismusdebatte in Deutschland“ ist Thema eines Vortrags und einer Diskussion am Dienstag, 28. Mai, um 19 Uhr bei Belladonna, Sonnenstraße 8.

Eine Fortbildung für ehrenamtliche rechtliche Betreuer bietet der Betreuungsverein der Inneren Mission am Dienstag, 28. Mai, von 17.30 bis 19.30 Uhr im Haus der Diakonie, Blumenthalstraße 10/11, an. Thema wird sein „Ist das Heim die richtige Lösung?“, Anmeldung unter Telefonnummer 34 96 70.

„Schwule Spuren in Bremen“ lautet der Titel einer Stadtführung mit Bernd Thiede, die unter anderem das Rat & Tat-Zentrum für Schwule und Lesben am Sonnabend, 1. Juni, anbietet. Die Führung startet um 12 Uhr an den Domschritten und dauert zwei Stunden. Eine Anmeldung ist erwünscht bei Bernd Thiede, Telefon 7041 70.

Noch weit entfernt vom Klimaschutzziel

Seit 1990 ist Ausstoß nur um acht Prozent gesunken / Monitoring misst Kohlendioxid-Emissionen in Bremen



Bis 2020 will Bremen die CO₂-Emissionen um 40 Prozent senken. Bisher wurden aber nur acht Prozent erreicht, zeigt ein Monitoringbericht, den die Umweltbehörde gestern vorgestellt hat. In einigen Bereichen ist der Ausstoß von Kohlendioxid sogar angestiegen.

VON CHRISTINA SCHMIDT

Bremen. Mehr als eine halbe Million Tonnen CO₂ setzt Bremen weniger frei als noch vor 23 Jahren. Das sei eine positive Entwicklung, findet Umweltsenator Joachim Lohse (Die Grünen). Nur könne sie noch besser sein. Seine Behörde hat ein Monitoring angefertigt und die CO₂-Emissionen von 1990 bis 2010 verglichen. Das Ergebnis: Der Kohlendioxid-Ausstoß wurde um 8,3 Prozent reduziert. Ein Zwischenstand auf dem Weg, bis zum Jahr 2020 40 Prozent einzusparen – auf dieses Ziel hatte sich die Landesregierung 2009 verständigt.

Das Monitoring ist Teil dieses Abkommens – es soll jährlich fortgeführt werden.

„Wir wollen nicht mehr nur vermuten“, sagte Senator Lohse, der die Werte gestern vorstellte. Aus ihnen ist beispielsweise abzulesen, dass die energetische Sanierung von Gebäuden Wirkung zeigt: Die CO₂-Emissionen sind dort um 35 Prozent gesunken.

In allen anderen Bereichen sind die Einsparungen geringer, in manchen ist der Kohlendioxid-Ausstoß sogar gestiegen. Beispielsweise in einem Bereich, den die Statistik nur als „sonstige Wirtschaftszweige“ des verarbeitenden Gewerbes benennt: Um 80 Prozent höher lagen hier die CO₂-Emissionen im Vergleich mit den Werten von 1990; das entspricht rund 260.000 Tonnen pro Jahr. Senator Lohse rechtfertigt diesen Anstieg als „Sonderfall“: „Dahinter verbirgt sich die Abfallverbrennung.“ Bremen verbrennt seit einiger Zeit auch Abfall aus den Landkreisen.

Eindeutiger ist die Steigerung der Emission woanders: Haushalte und Gewerbegebäude haben trotz zunehmender Sparanstrengungen mehr Strom verbraucht – sie

nutzen heute deutlich mehr stromverbrauchende Geräte als 1990. Ein Großteil des Stromes wird noch immer in Kohlekraftwerken produziert. Der CO₂-Ausstoß ist in diesem Bereich insgesamt um sieben Prozent gestiegen, das entspricht etwa 120.000 Tonnen Kohlendioxid. „Wir werden uns sehr genau angucken müssen, wie wir den Strom zukünftig erzeugen wollen“, sagt Lohse. Der Senat hatte sich bereits im Abkommen von 2009 darauf verständigt, Strom zunehmend aus regenerativen Energien erzeugen zu wollen.

Vertane Chancen in der Überseestadt

Lobend erwähnte der Senator, der auch das Verkehrsressort verantwortet, die Entwicklungen im Bereich Verkehr: Im Vergleich mit 1990 wurden 2010 etwa zehn Prozent weniger Emissionen verzeichnet. Ein wichtiger Posten, da immerhin ein Viertel des Kohlendioxid-Ausstoßes vom Verkehr produziert wird – einen großen Anteil daran hat wiederum der starke Lieferverkehr der Industrie.

Lohse erwartet, dass sich die Werte in den kommenden Jahren verbessern: Viele Einsparmaßnahmen und -projekte liefern gerade erst an und würden sich daher noch nicht in der Bilanz niederschlagen.

Weniger begeistert von der Bilanz ist Klaus Prielzel, Vorsitzender des BUND. Sein Verband war 2009 daran beteiligt, das Einsparungsziel festzulegen und sich auf Maßnahmen zu einigen. Dementsprechend hart ist sein Urteil jetzt: „8,4 Prozent sind ein Schritt. Wir müssten aber deutlich mehr Tempo vorlegen“, sagt er.

Die energetische Sanierung geht ihm zu langsam voran, zu viele Menschen nutzen noch immer eigene Autos. Dabei steige das Bewusstsein der Konsumenten für Klimaschutzmaßnahmen stärker als das der Chefs von Industrieunternehmen. „Denen kann Bremen nichts vorschreiben, aber fordern“, sagt Prielzel. Oder mit gutem Vorbild vorangehen: „Die Überseestadt ist eine vertane Chance. Dort gibt es viele Flächen, die für regenerative Anlagen hätten genutzt werden können“, sagt Prielzel.

CDU will Sozialarbeiter halten

Partei kritisiert Senat und reicht Bürgerschaftsantrag ein

VON MATTHIAS LÜDECKE

Bremen. Die Bremer CDU hat sich für den Erhalt der zusätzlichen Schulsozialarbeiter ausgesprochen. Wie berichtet, stehen 50 von ihnen allein in Bremen zum Jahresende vor dem Aus, weil die Finanzierung des Bundes ausläuft. Eine Möglichkeit, das Programm, das derzeit mit Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes finanziert wird, aus dem Landeshaushalt weiter zu führen, sieht der Senat nicht.

Nach der Linken fordert nun aber auch die CDU, dass die Stellen erhalten bleiben. Die Fachkräfte seien eingearbeitet und erfüllten in den Schulen eine unverzichtbare Aufgabe, sagte der bildungspolitische Sprecher der Unions-Fraktion, Thomas vom Bruch. Es sei daher wichtig, dass diese Stellen erhalten bleiben. Die CDU-Fraktion hat einen entsprechenden Antrag für die Stadtbürgerschaft eingereicht. Darin fordert sie den Senat auf, die Fortsetzung der Arbeit der zusätzlichen Schulsozialarbeiter dauerhaft sicherzustellen. Die dazu nötigen Mittel soll er einerseits im kommenden Doppelhaushalt für die Jahre 2014/2015 bereitstellen. Andererseits soll er „umgehend und nachdrücklich“ Gespräche mit dem Bund aufnehmen.

Vom Bruch verbindet den Antrag mit deutlicher Kritik am Senat. Er wirft ihm Untätigkeit vor. Seit zwei Jahren sei bekannt, dass die Finanzierung befristet sei, und dennoch habe der Senat nichts unternommen,

um sie zu sichern. Zudem könne er nicht einfach auf eine Fortsetzung der Finanzierung aus Bundesmitteln setzen. Auch vom Bund erwarte er größere Gesprächsbereitschaft, sagte vom Bruch, die Initiative müsse jedoch vom Land ausgehen – und dieses müsse auch deutlich die Bereitschaft zeigen, das Programm zumindest mitzufinanzieren.

Die Sprecherin von Bildungssenatorin Eva Quante-Brandt (SPD), Christina Selzer, wies die Kritik zurück. „Wir sind natürlich nicht untätig gewesen, sondern haben uns für die Weiterfinanzierung der befristeten Stellen eingesetzt“, sagte sie. Daher habe Bremen auch zusammen mit Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, die zum Ziel hat, nicht abgerufenen Mittel aus dem Bildungspaket für die Finanzierung der Sozialarbeiter einzusetzen.



CDU-Politiker Thomas vom Bruch fordert den Erhalt der 50 zusätzlichen Schulsozialarbeiter. FOTO: KOCH

Einbruch in Goldschmiede

Polizei verfolgt Fluchtwagen

Bremen (fis). Einen Tresor und diverse Schmuckstücke haben Einbrecher in der Nacht zu gestern aus einer Goldschmiede im Stadtteil Osterort gestohlen. Die von Anwohnern alarmierte Polizei verfolgte den Fluchtwagen und konnte den Fahrer festnehmen. Wegen fehlender Haftgründe ist er inzwischen wieder auf freiem Fuß, teilte die Polizei gestern mit.

In der Nacht zu Donnerstag gegen 3.45 Uhr hörten Anwohner der Heinrichstraße Lärm aus der Goldschmiede, die an der Straße auf den Häfen in einem Eckhaus liegt. Sie sahen einen weißen Transporter vor dem Haus. Mehrere Menschen liefen davor eilig hin und her. Eine Nachbarin alarmierte die Polizei. Vier bis fünf Männer flüchteten derweil zu Fuß in verschiedene Richtungen. Zwei weitere, so die Polizei, stiegen in den Renault-Transporter und fuhr über den Remberting auf die Hochstraße. Ein Streifenwagen verfolgte sie.

Der Transporter hielt kurz auf Höhe des Cinemaxx an, worauf der Beifahrer herausprang und zu Fuß weiterflüchtete. Kurz vor dem Nordwestknoten konnten die Einsatzkräfte den Fluchtwagen stoppen und den 36-jährigen Fahrer festnehmen. Der Wagen wurde samt Beute zur Spurensuche abtransportiert. Nun sucht die Kripo nach weiteren Verdächtigen. Die Männer sollen 25 bis 30 Jahre alt sein. Zudem wird der Mann gesucht, der am Breitenweg aus dem Transporter sprang. Er war komplett in schwarz gekleidet und trug eine Schirmmütze. Zeugenhinweise werden unter Telefon 362.38.88 erbeten.

Unterstützung für Polizei

Konflikt um Festakt: Gewerkschaftsverbände solidarisieren sich

Bremen (wig). Rückenstärkung aus ganz Norddeutschland: Ob aus Berlin oder Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern oder Schleswig-Holstein – die Entscheidung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in der Hansestadt, wonach der Festakt zum 50-jährigen Bestehen der Gewerkschaft heute aus dem Rathaus in die „Glocke“ verlegt und ohne den Senat gefeiert wird, stieß gestern bei Belegschaftsvertretungen überregional auf Zustimmung. Vertreter mehrerer GdP-Landesverbände unterstützten ihre Bremer Kollegen in einer gemeinsamen Erklärung.

Hintergrund ist der Senatsplan, die Tarif erhöhungen für Angestellte im öffentlichen Dienst nicht eins zu eins auf die Beamten zu übertragen. Verärgerung hat bei der Polizeigewerkschaft speziell eine Äußerung der grünen Finanzsenatorin Karoline Linnert ausgelöst, die den Protest der Beamten in Bremen mit Verhalten im Kindergarten verglichen hatte.

In einer gemeinsamen Erklärung der Polizeigewerkschaften in den norddeutschen Bundesländern heißt es, damit bewege sich die grüne Ressortchefin „außerhalb eines respektvollen Umgangs“. Sie habe gewerkschaftliche Aktionen mit „diskreditierenden Äußerungen“ belegt. „Vor diesem Hintergrund teilen wir die Entscheidung der GdP Landesbezirk Bremen, den gemeinsam mit dem Senat geplanten Festakt eigenständig außerhalb des Rathauses zu begehen“, heißt es. Ein solcher Umgang der Landesregierung „und eine Beeinträchtigung des politischen Klimas“ sei in keinem Bundesland zu tolerieren.

Die Festveranstaltung heute ist nicht nur vom Rathaus in die „Glocke“ verlegt, sondern zugleich SPD-Innensenator Ulrich Mäurer von der Rednerliste gestrichen worden. Wie es gestern hieß, werde der sozialdemokratische Bürgerpräsident Christian Weber aber zur Jubiläumsfeier heute kommen und auch sprechen.

LOTTOQUOTEN

Lotto am Mittwoch: Klasse 1: unbesetzt, Jackpot 6773 143,40 Euro; Klasse 2: 903 945,30 Euro; Klasse 3: 14 124,10 Euro; Klasse 4: 3976,20 Euro; Klasse 5: 205,50 Euro; Klasse 6: 48 Euro; Klasse 7: 20,10 Euro; Klasse 8: 11,10 Euro; Klasse 9: 5 Euro.
„Spiel 77“ am Mittwoch: Klasse 1 „Super 77“: unbesetzt, Jackpot 1 459 678,60 Euro; Klasse 2: 77 777 Euro; Klasse 3: 7777 Euro; Klasse 4: 777 Euro; Klasse 5: 77 Euro; Klasse 6: 17 Euro; Klasse 7: 5 Euro.
„Super 6“ am Mittwoch: Klasse 1: 100 000 Euro; Klasse 2: 6666 Euro; Klasse 3: 666 Euro; Klasse 4: 66 Euro; Klasse 5: 6 Euro; Klasse 6: 2,50 Euro (ohne Gewähr).

REDAKTION BREMEN
Telefon 0421/36 71 36 90
Fax 0421/36 71 10 06
Mail: lokales@weser-kurier.de

ANZEIGE

Bremen erleben!

MEISTERWERK

DIE LANGE NACHT DER BREMER MUSEEN

25. Mai 2013, ab 18 Uhr

Im Vorverkauf erhalten Sie die Eintrittsbänder bei den beteiligten Museen, den BSAG-Kundencentern Domsheide und Vegesack am Bahnhofplatz sowie im Pressehaus des Weser-Kuriers.

www.bremermuseumsnacht.de

Logo: BSAG, VBN, Halövers, WESER KURIER, nordwest radio